

<b>Zeitschrift:</b>	Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und Sozialversicherungswesens
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerische Armenpfleger-Konferenz
<b>Band:</b>	20 (1923)
<b>Heft:</b>	12
<b>Artikel:</b>	Fristenlauf zur Inanspruchnahme des Heimatkantons durch den Wohnkanton für Beitragsleistungen an Mietzinsunterstützungen nach dem Konkordat betreffend wohnörtliche Unterstützung
<b>Autor:</b>	[s.n.]
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-837577">https://doi.org/10.5169/seals-837577</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 29.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Es muß mithin im vorliegendsten Falle das Datum des Eintrettes des Knaben S. in die Anstalt Biberstein als ausschlaggebend angenommen werden. Dieses Datum ist der 27. April 1920; da damals das Konkordat zwischen den Kantonen Aargau und Bern schon in Kraft getreten war, finden seine Bestimmungen auf die Versorgung des Knaben S. Anwendung.

2. Die aargauischen Behörden haben sodann geltend gemacht, daß, falls wirklich das Konkordat auf den vorliegenden Versorgungsfall anwendbar gewesen wäre, alsdann der Wohngemeinde O. die Befugnis hätte eingeräumt werden müssen, die Art und das Maß der Unterstützung zu bestimmen; dies sei aber nicht geschehen, und es sei die Versorgung des Knaben S. einseitig durch die Behörden des Kantons Bern erfolgt.

Aus dem oben angeführten Sachverhalt, wie er sich nach den Akten darstellt, geht nun in der Tat hervor, daß die Armendirektion des Kantons Bern erst am 29. Oktober 1920 an die aargauische Direktion des Interns gelangte, um den Fall S. als Konkordatsfall anzumelden und die Kostenbeteiligung der aargauischen Behörden in Anspruch zu nehmen. Die Tatsache, daß eine Versorgung unter der Herrschaft des Konkordates eintritt, kann den zweiten beteiligten Kanton offenbar nur dann verpflichten, wenn er von der an ihn gestellten Anforderung Kenntnis erhält und in die Lage gesetzt wird, sich darüber zu äußern. Art. 9 des Konkordates, der diese Benachrichtigungspflicht für die Fälle statuiert, in welchen der Wohnkanton die Versorgung veranlaßt, muß auch sinngemäß Anwendung finden, wenn die Versorgung vom Heimatkanton vorgenommen wird und dieser die Kostenbeteiligung des Wohnkantons beansprucht.

Unter diesen Umständen kann der Kanton Bern die Beteiligung des Kantons Aargau an den Kosten der Internierung des Knaben S. erst vom 1. November 1920 an beanspruchen.

Demgemäß wird erkannt:

Die Kosten der Versorgung des Knaben W. S. in der Anstalt Biberstein sind bis Ende Oktober 1920 vom Kanton Bern allein, vom 1. November 1920 hinweg von den Kantonen Aargau und Bern gemeinsam gemäß Art. 15 des Konkordates zu tragen.

## **fristenlauf zur Inanspruchnahme des Heimatkantons durch den Wohnkanton für Beitragsleistungen an Mietzinsunterstützungen nach dem Konkordat betreffend wohnörtliche Unterstützung.**

(Entscheid des Regierungsrates von Baselstadt vom 7. November 1923.)

Ein von der Kreispostdirektion Basel wegen eines Vergehens im Militärdienst auf Ende Juli 1922 entlassener Postaushelfer, Bürger einer bernischen Gemeinde, wandte sich in seiner Not — er hatte für eine dreiköpfige Familie zu sorgen — am 21. August 1922 an die Allgemeine Armenpflege Basel. Diese sicherte ihm zunächst für das dritte Quartal 1922 eine Mietzinsunterstützung zu und ließ am 23. August 1922 die entsprechende Konkordatsanzeige an die Armandirektion des Kantons Bern abgehen. Am 31. August 1922 erhob die bernische Heimatgemeinde durch Vermittlung der Armandirektion Bern beim baselstädtischen Regierungsrat Einsprache, indem sie u. a. geltend machte, die Unterstützungsanzeige der Allgemeinen Armenpflege Basel sei verspätet, da die Mietzinsunterstützung

ab 1. Juli 1922 zu laufen beginne und deshalb die zweiwöchige Anzeigefrist gemäß Art. 9 des Armenkonkordates schon von diesem Zeitpunkt an zu rechnen sei. Der Anspruch auf die Konkordatsmäßige Beitragsleistung an diese Mietzinsunterstützung sei daher verwirkt, d. h. er bestehে höchstens ab Ende August, als dem Zeitpunkt der Anzeige.

Der Regierungsrat hat diesen Einwand als unbegründet zurückgewiesen aus folgenden Erwägungen:

Es muß davon ausgegangen werden, daß der Mietzins erst Ende des Quartals fällig wird. Vorher kommt eine Zinszahlung nicht in Frage. Die zweiwöchige Frist für die Konkordatsanzeige beginnt deshalb erst mit dem Fälligkeitstermin zu laufen, somit ab Ende September. Zu diesem Ergebnis führen auch rein praktische Erwägungen. Es kann häufig nicht schon bei Beginn des Quartals vorausgesehen werden, daß die Miete am Ende des Quartals nicht wird bezahlt werden können. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß bisher von Armenbehörden nicht unterstützte Personen erfahrungsgemäß bis zum letzten Moment zuwarten, weil sie oft irrtümlich hoffen, den Mietzins selbst aufbringen zu können. Erst wenn das Quartalsende naht, sehen sie ein, daß der Mietzins nicht aus eigenen Mitteln aufgebracht werden kann, und stellen dann an die Armenbehörden ein entsprechendes Gesuch. Es wäre doch offensichtlich unbillig, wenn in solchen Fällen die Heimatbehörden den Beitrag an die Mietzinsunterstützung verweigern könnten unter Berufung darauf, die Konkordatsanzeige sei verspätet. Deshalb ist die Anzeige der Allgemeinen Armenpflege Basel im vorliegenden Falle als rechtzeitig erfolgt anzusehen, umso mehr, als sich der Unterstützte überhaupt erst am 21. August an die Behörde gewendet hat, eine frühere Einreichung der Konkordatsanzeige also schlechterdings unmöglich gewesen war.

**Baselland.** Der Armendirektor des Kantons Baselland äußert sich in „Richtlinien zur Revision des Armenwesens“ über die dringend gewordene Umgestaltung des Armenwesens. Die Revision muß zwei Momente berücksichtigen: einmal die Entlastung der heimatlichen Bürgergemeinden; denn auch mit dem Ertrag von Armensteuern vermögen sie den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr zu genügen, und in einzelnen Gemeinden trifft es auf den Kopf der Bevölkerung über 100 bis 264 Fr. an Armenlasten; sodann die Bejorgung der Armenpflege durch die Wohngemeinde und die Abschaffung der Armenfürsorge auf Distanz; denn nach der Volkszählung von 1910 wohnten nur noch 35% der Einwohner in ihrer Heimatgemeinde, so daß für den Großteil der Einwohner die Heimat zur Fremde und die Fremde zur Heimat geworden ist. Bei der Neuordnung des Armenwesens kommt also die Belastung der heimatlichen Bürgergemeinde mit der Armenfürsorge nicht mehr in Betracht, aber auch nicht die Belastung der Wohngemeinde, weil dadurch namentlich die Vorortsgemeinden der Stadt Basel: Binningen und Birsfelden erdrückt würden und die Frage, wer sich der außerhalb des Kantons wohnenden Bürger anzunehmen hätte, doch nicht gelöst wäre. Auch die Verstaatlichung der Armenfürsorge findet keine Gnade, weil dem Staate die finanziellen Mittel fehlen für die Übernahme dieser Aufgabe, und die Verstaatlichung der Armenfürsorge die Schaffung einer Beamtung erforderte und die Gefahr einer schablonenhaften und burokratischen Bejorgung des Armenwesens bestände. Geeignet scheint für Baselland allein eine Kombination der verschiedenen Systeme zu sein, wie sie das inter-